



DIE SPITÄLER DER SCHWEIZ  
LES HÔPITAUX DE SUISSE  
GLI OSPEDALI SVIZZERI

An die Nationalrätinnen und Nationalräte

Bern, 26. Februar 2021

## Frühjahrssession 2021

Sehr geehrter Herr Nationalratspräsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Hinblick auf die Frühjahrssession 2021 von 1. bis 19. März 2021 lassen wir Ihnen unsere folgenden Empfehlungen zukommen.

### **STANDPUNKTE H+ Die Spitäler der Schweiz Frühjahrssession 2021 Nationalrat**

#### **19.401 n Pa. Iv. SGK-NR. Für eine Stärkung der Pflege, für mehr Patientensicherheit und mehr Pflegequalität**

**H+ empfiehlt für die Differenzbereinigung:**

- Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege  
**Art. 6 Abs. 1: Festhalten an der Version Nationalrat («Muss»-Formulierung gemäss Mehrheit SGK-NR).**
- Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG)  
**Art. 25a Abs. 3: Im Sinne eines Kompromisses ist die Version des Ständerats vom 30.11.2020 (Fahne, S. 5) mit geeigneten Präzisierungen zu den Vereinbarungen zu ergänzen.**
- Bundesbeschluss über Finanzhilfen zur Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege  
**Art. 1. Abs. 1: Festhalten an der Version Nationalrat (469 Millionen Franken gemäss Mehrheit SGK-NR).**

#### **20.3282 s Mo. Ständerat (Ettlin Erich). Lehren aus der Covid-19-Pandemie für das Schweizer Gesundheitssystem ziehen**

**H+ empfiehlt: Annahme der Motion mit Ausnahme von Punkt 3.  
Punkt 3 ist neu zu formulieren: Die Finanzierung von Vorhalteleistungen ist vorurteilsfrei und ergebnisoffen zu klären.**

**20.3268 s Mo. Ständerat (Häberli-Koller). Essentielle Güter. Wirtschaftliche Abhängigkeit verringern**

**H+ empfiehlt: Annahme der Motion (gemäss Mehrheit SiK-NR)**

**20.3906 s Mo. Ständerat (Minder). Schweizer Landesversorgung in sehr grossen Krisen sicherstellen**

**H+ empfiehlt: Annahme der Motion (gemäss Minderheit SiK-NR)**

**19.046 n Bundesgesetz über die Krankenversicherung. Änderung (Massnahmen zur Kostendämpfung - Paket 1)**

**Siehe gemeinsames Schreiben von H+ und santésuisse vom 26.02.2021.**

**21.3003 n Mo. SGK-NR. Das Gesundheitssystem vorbereiten, um die gefährdetsten Personen zu schützen und überstürzte Massnahmen zu vermeiden**

**H+ empfiehlt: Annahme der Motion.**

**Ergänzung zur Tagesordnung: Parlamentarische Initiativen, 1. Phase**

**16.493 n Pa.Iv. Nantermod. Urheberrechte. Keine Vergütung für die Verwendung in privaten Räumlichkeiten von Hotels, Ferienwohnungen, Spitälern und Gefängnissen**

**H+ empfiehlt: Der Initiative Folge geben (gemäss Mehrheit RK-NR)**

Für Fragen oder ergänzende Informationen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Anne-Geneviève Bütikofer



Direktorin

### 19.401 n Pa. Iv. SGK-NR. Für eine Stärkung der Pflege, für mehr Patientensicherheit und mehr Pflegequalität

#### Inhalt

Die 19.401 Parlamentarische Initiative SGK-NR ist ein indirekter Gegenvorschlag zur 18.079 Volksinitiative für eine starke Pflege («Pflegeinitiative»). Wie die Volksinitiative sieht sie eine Ausbildungsoffensive und eine selbständige Abrechnung von bestimmten Pflegeleistungen vor, geht aber weniger weit als diese. Insbesondere verzichtet sie auf standespolitische Forderungen zu Einkommensgarantie und anforderungsgerechten Arbeitsbedingungen.

#### Chronologie Differenzbereinigung

Mittwoch, 3. März 2021: Behandlung im Nationalrat

Montag, 8. März 2021: ev. Behandlung im Ständerat

#### Bestehende Differenzen zwischen Nationalrat und Ständerat und Empfehlungen H+:

##### Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege

###### **Art. 6 Abs. 1, Version Nationalrat vom 15.9.2020:**

Die Kantone fördern den Zugang zum Bildungsgang Pflege HF oder Studiengang in Pflege FH. Zu diesem Zweck gewähren sie Personen, die in ihrem Kantonsgebiet Wohnsitz haben, bei der Sicherung deren Lebensunterhalts Ausbildungsbeiträge, damit diese die Ausbildung in Pflege HF und FH absolvieren können.

**H+ empfiehlt: Festhalten an der Version Nationalrat gemäss Mehrheit SGK-NR (Fahne S. 2), d.h. zurück zur verbindlichen («Muss»)-Formulierung.**

##### Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG)

**Art. 25a Abs. 3: Im Sinne eines Kompromisses ist die Version des Ständerats vom 30.11.2020 (Fahne, S. 5) mit geeigneten Präzisierungen zu den Vereinbarungen zu ergänzen.**

##### Bundesbeschluss über Finanzhilfen zur Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege (Version Nationalrat «Festhalten», Fahne S. 9)

###### **Art. 1. Abs. 1 Version Nationalrat vom 15.9.2020:**

Für Finanzhilfen nach Artikel 7 Absatz 1 des Bundesgesetzes vom ... über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege wird ab Inkrafttreten des genannten Artikels für die Dauer von acht Jahren ein Verpflichtungskredit von maximal 469 Millionen Franken bewilligt.

**H+ empfiehlt: der Version des Nationalrats folgen: CHF 469 Millionen (gemäss Mehrheit SGK-NR).**

#### **Begründung:**

Die Kantone haben in der Pflege einen Versorgungsauftrag. Dazu gehört auch die Pflicht, genügend Fachpersonal auszubilden. Wenn die Betriebe zur Erbringung von zusätzlichen Ausbildungsleistungen verpflichtet werden, ist konsequenterweise auch die entsprechende Finanzierung sicherzustellen. Die vom Ständerat beschlossene Kürzung der Finanzhilfen, verbunden mit der «Kann-Formulierung» in Art. 6 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege birgt die Gefahr, dass die Betriebe zu Leistungen verpflichtet werden, deren Finanzierung nicht gesichert

ist. Mit der Gefahr, dass sich einzelnen Akteure aus der Verantwortung ziehen und ausgebildetes Personal aus anderen Kantonen abschöpfen. Dies ist nicht haltbar.

## **19.046 n Bundesgesetz über die Krankenversicherung. Änderung (Massnahmen zur Kostendämpfung - Paket 1)**

**Siehe gemeinsames Schreiben von H+ und santésuisse vom 26.02.2021.**

## **20.3282 s Mo. Ständerat (Ettlin Erich). Lehren aus der Covid-19-Pandemie für das Schweizer Gesundheitssystem ziehen**

### **Inhalt**

Bei Annahme der Motion wird der Bundesrat beauftragt, die Lehren aus der COVID-19-Pandemie auf das Schweizer Gesundheitssystem zu ziehen und geeignete Massnahmen vorzuschlagen, insbesondere in folgenden Bereichen:

1. Analyse der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Beanspruchung der medizinischen Notfallversorgung von Spitälern und Arztpraxen sowie ihre Folgen auf die Versorgungsstrukturen und die aktuellen KVG-Reformen.
2. Die Digitalisierung im Gesundheitswesen, insbesondere der elektronische Datenaustausch und das elektronische Patientendossier, muss dringend forciert werden.
3. Die indirekten Kosten der Pandemie, wie Einnahmenausfälle der Leistungserbringer, namentlich der Spitäler, dürfen nicht auf die Prämienzahlenden überwältet werden.
4. Der Influenza-Pandemieplan muss überarbeitet werden. Dabei müssen Verantwortlichkeiten und Durchsetzbarkeit des Pandemieplans gewährleistet sein.

### **Chronologie**

Mittwoch, 3. März 2021: Behandlung im Nationalrat (Zweitrat)

### **Haltung H+**

Die Motion ist sinnvoll und zielführend. Aber Punkt 3 ist neu zu formulieren: Die Finanzierung von Vorhalteleistungen ist vorurteilsfrei und ergebnisoffen zu klären.

Ad 1: Der Einbruch bei Notfallkonsultationen, der auch in anderen Ländern, welche einschränkende Massnahmen verordnet haben, beobachtet werden konnte, ist besorgniserregend und soll so rasch als möglich untersucht werden. Es ist denkbar, dass gewisse Krankheitsbilder wie z.B. Herzinfarkt und Schlaganfall nicht angemessen behandelt werden konnten, weil die Patientinnen und Patienten den Notfall zu spät oder gar nicht aufgesucht haben.

Ad 2: Wie H+ in der Anhörung der Sicherheitskommission des Ständerates (SiK-SR) am 22. Juni 2020 feststellte, ist die kontinuierliche Beschaffung von aktuellen und zuverlässigen Informationen eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Bewältigung von Krisen- und Katastrophensituationen. In den Wellen-Phasen der Covid-19-Pandemie sind Informationen über Bettenkapazitäten und Bettenbelegungen der Intensivpflegestationen entscheidend für eine effiziente Nutzung der knappen Ressourcen. Diese Informationsbeschaffung konnte dank dem Informations- und Einsatzsystem IES des Koordinierten Sanitätsdienstes (KSD) sichergestellt werden. Dieses System musste während der Krise mit Unterstützung der Akteure (Schweiz. Gesellschaft für Intensivmedizin, Spitäler, H+) hochgefahren werden. In Zukunft muss ein solches Informationssystem, wie es Art. 60 des Epidemiengesetzes verlangt, von Anfang der Krise an betriebsbereit sein. Das gleiche gilt für die korrekte statistische und epidemiologische Interpretation der erhobenen Daten, welche durch kompetente Institutionen, allen voran das Bundesamt für Statistik, sicherzustellen ist.

Ad 3: Die indirekten Kosten sind zu rund 80% durch Vorhalteleistungen, welche der Bundesrat in der ersten Pandemiewelle mit dem Verbot von nicht dringenden Operationen anordnete, entstanden. Die Vergütung dieser vom Bund bestellten Vorhalteleistungen, die glücklicherweise nicht benötigt wurden, ist weder im Epidemien-gesetz noch im Landesversorgungsgesetz geregelt. In einem gemeinsamen Schreiben an die Mitglieder des Nationalrates hat H+ gemeinsam mit CURAVIVA, Spitex Schweiz, SBK, VSAO und den Gewerkschaften VPOD und SYNA gefordert, die Rechtsunsicherheit in Bezug auf die Entschädigungsfrage mit der Revision des COVID-19-Gesetz in der Wintersession 2020 zu regeln. Leider wurde dieses Anliegen nicht berücksichtigt. H+ unterstützt deshalb das Anliegen des Motionärs, diese Frage vertieft zu untersuchen. H+ lehnt es jedoch entschieden ab, die Krankenversicherungen von vorneherein aus der Pflicht zu entlassen. Die Beteiligung der OKP an den Kosten für Vorhalteleistungen ist nach Auffassung von H+ konform mit dem geltenden Recht und entspricht der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts. Dieses hat im Leiten-tscheid BVGE 2014/36, E. 21.3.4, klargestellt, dass die Kosten für Vorhalteleistungen im Bereich Notfall ("Warten auf OKP-Patienten") OKP-relevante Kosten sind (ebenso BVGE 2017 V/4 betreffend Vorhalteleistungen für Rettungs-transporte). Dies gilt entsprechend auch für die Vorhalteleistungen, die ebenfalls mit Blick auf die Behandlung OKP-pflichtiger (Covid-)Patienten erbracht werden.

Ad 4: Die Lehren aus der Covid-19-Pandemie sollen zu einer Überarbeitung des Pandemie-plans führen. H+ kann dieses Anliegen nur unterstützen.

**H+ empfiehlt: Annahme der Motion mit Ausnahme von Punkt 3. Punkt 3 ist neu zu formulieren: Die Finanzierung von Vorhalteleistungen ist vorurteilsfrei und ergebnisoffen zu klären.**

## **20.3268 s Mo. Ständerat (Häberli-Koller). Essentielle Güter. Wirtschaftliche Abhängigkeit verringern**

### **Inhalt**

Der Bundesrat soll beauftragt werden, Massnahmen zu ergreifen, um die Abhängigkeit von internationalen Liefer- und Produktionsketten für essentielle Güter zu verringern. So soll die Versorgungssicherheit in zukünftigen Krisen besser gewährleistet werden und die nachhaltige Wirtschaft der Schweiz gestärkt werden.

Die weltweite Pandemie zeigt, wie unsere Wirtschaft und unsere Gesundheitsversorgung durch die ausgeprägte Globalisierung in Abhängigkeiten geraten sind, die sie angreifbar und verletzlich machen. Politik und Gesellschaft müssen realisieren, dass man bei essentiellen Gütern nicht nur auf den Preis schauen kann. Ein gutes Beispiel dafür ist die Pharmaindustrie, wie in der Motion 20.3166 SGK-SR vom 29. April 2020 dargelegt wird. Neben der Stärkung unsere Versorgung für die nächste Krise, ermöglicht eine vermehrte inländische Produktion die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die nach der Corona-Pandemie dringen benötigt werden.

### **Chronologie**

Donnerstag, 4. März 2021: Behandlung im Nationalrat (Zweitrat)

### **Haltung H+**

Diese Motion ist zielführend, gerade auch mit Verweis auf die überwiesene [Motion 20.3166 SGK-SR Erhöhung der Versorgungssicherheit mit Medikamenten und Impfstoffen](#).

Mit der Annahme der vorliegenden Motion 20.3268 kann diesem Anliegen Nachdruck verschafft werden.

**H+ empfiehlt: Annahme der Motion (gemäss Mehrheit SiK-NR).**

## **20.3906 s Mo. Ständerat (Minder). Schweizer Landesversorgung in sehr grossen Krisen sicherstellen**

### **Inhalt**

Der Bundesrat soll dem Parlament eine Vorlage unterbreiten, um die Schweizer Landesversorgung in sehr grossen Krisen sicherzustellen. Hierzu sollen lebenswichtige, v.a. medizinische Güter zur Aufrechterhaltung der Schweizer Volkswirtschaft und Landesversorgung in der Schweiz hergestellt werden müssen. Wo dies nicht möglich oder ökonomisch nicht tragbar ist, sind zumindest hinreichend grosse Pflichtlager zu führen. Zu den Gütern, die während der Covid-Krise knapp wurden, zählen etwa Hygienemasken, Desinfektionsmittel, Ethanol, Schutzkleidung und Medikamente (Narkotika, Antibiotika).

### **Chronologie**

Donnerstag, 4. März 2021: Behandlung im Nationalrat (Zweitrat)

**H+ empfiehlt: Annahme der Motion (gemäss Minderheit SiK-NR).**

## **21.3003 n Mo. SGK-NR. Das Gesundheitssystem vorbereiten, um die gefährdetsten Personen zu schützen und überstürzte Massnahmen zu vermeiden**

### **Inhalt**

Der Bundesrat soll beauftragt werden, im Rahmen der Bewältigung der Covid-19-Pandemie die Kantone anzuweisen: 1. den Pflegeheimen die notwendigen Mittel an die Hand zu geben, damit sie regelmässig testen und dem Personal ermöglichen können, die Quarantäneregeln einzuhalten. Der Bundesrat wird aufgefordert, subsidiär die Gesundheitskapazitäten der Armee zur Verfügung zu stellen. 2. den Spitälern genaue Vorgaben und die notwendigen finanziellen Sicherheiten zu geben, damit sie ihre Intensivpflegekapazitäten bei einem erneuten Aufflammen der Pandemie rasch steigern können.

### **Chronologie**

Mittwoch, 17. März 2021: Behandlung im Nationalrat (Erstrat)

### **Haltung H+**

H+ unterstützt diese Motion. Sie nimmt die Empfehlungen auf, die wir im Hinblick auf die Beratungen der eidg. Räte zum 20.084 Covid-19-Gesetz in der Wintersession 2020 abgegeben haben, insbesondere bezüglich Vorhalteleistungen der Spitäler und Zurverfügungstellung von Armeepersonen auch für Pflegeheime (siehe Schreiben der Sozialpartner vom 30.11.2020 sowie Schreiben von H+, Curaviva Schweiz, Spitex Schweiz und senesuisse vom 01.12.2020).

**H+ empfiehlt: Annahme der Motion.**

## **Ergänzung zur Tagesordnung: Parlamentarische Initiativen, 1. Phase**

## **16.493 n Pa.Iv. Nantermod. Urheberrechte. Keine Vergütung für die Verwendung in privaten Räumlichkeiten von Hotels, Ferienwohnungen, Spitälern und Gefängnissen**

### **Inhalt**

Die vorliegende Pa.Iv. 16.493 möchte, dass die privaten Bereiche von Hotels, Ferienunterkünften, Spitälern oder Gefängnissen von der Urheberrechtsabgabe für die Radio- und Fernsehnutzung befreit sind. Die Werkverwendung in privaten Räumlichkeiten von Hotels (wie Zimmern, Suiten), Ferienwohnungen, Spitalzimmern und Gefängniszellen stellt eine private Verwendung dar, vergleichbar mit der Verwendung zu Hause. Da die betreffenden Konsumenten für das

Werk und die dazugehörigen Rechte bereits eine Vergütung entrichtet haben, rechtfertigt sich die Erhebung einer zusätzlichen Vergütung nicht.

**Chronologie:**

25.10.2018: Die RK-NR hat der Initiative Folge gegeben.

29.10.2019: Die RK-SR hat nicht zugestimmt.

14./15.01.2021: Die RK-NR hat erneut Folge gegeben.

Frühjahrssession 2021: Behandlung im Nationalrat in Ergänzung zur Tagesordnung (Gebündelte Abstimmungen). Termine: 2.3., 3.3., 9.3., 11.3., 15.3.

**H+ empfiehlt: Der Initiative Folge geben (gemäss Mehrheit RK-NR).**